

"BackOffice, Lux." in d'Lëtzebuenger Land (7. Februar 2003)

Legende: Am 7. Februar 2003 beschreibt die luxemburgische Wochenzeitung d'Lëtzebuenger Land, wie wichtig für Luxemburg der Erhalt seines Status als europäische Hauptstadt ist, um seine Stellung auf internationaler Bühne und sein Prestige innerhalb der Europäischen Union zu sichern.

Quelle: Hansen, Josée, BackOffice, Lux. [EN LIGNE]. [Luxembourg]: d'Lëtzebuenger Land, [30.11.2004]. Disponible sur http://www.land.lu/html/dossiers/dossier_siege_ue/backoffice_070203.html.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/backoffice_lux_in_d_letzebuenger_land_7_februar_2003-de-6c49418e-9a1d-4171-a7ba-7b255379ebae.html

Publication date: 05/07/2016



BackOffice, Lux.

Europäische Hauptstadt zu sein, sichert insbesondere Luxemburg politische Einflussnahme, Präsenz und Prestige, die im umgekehrten Verhältnis zur Größe des Landes stehen.

Josée Hansen

Die Schuhe der in dem altmodischen Plenarsaal aus den 70er Jahren versammelten Frauen und Männer waren mit Schlamm beschmutzt. Die Personalvertretungen fast aller in Luxemburg ansässigen europäischen Institutionen – Kommission, Parlament, Gerichtshof, Gericht erster Instanz, Rechnungshof, Übersetzungszentrum, Europäische Investitionsbank und die Elternvertreter – trafen sich am Montagmorgen in dem alten Sitzungssaal des Parlaments im Schuman-Gebäude, um zusammen eine *Entschließung zur schulischen Infrastruktur in Luxemburg* zu verabschieden. Eine Abstimmung unter so vielen Parteien ist ein Novum; die EU-Beamten sind der Bedingungen, die hier für sie und ihre Kinder herrschen, überdrüssig.

„Wir sind uns der schwierigen Lage in Luxemburg ganz genau bewusst“, versichert ihnen der Generalsekretär des Europäischen Parlaments, Julian Priestley und erinnert daran, dass der Präsident des Parlaments Pat Cox schon den luxemburgischen Premierminister, Jean-Claude Juncker (CSV), angeschrieben hat, um auf die nicht mehr tragbare Lage hinzuweisen. Das war letztes Jahr, als sich nach dem Beginn der Arbeiten am Place de l’Europe die Arbeitsbedingungen der EU-Beamten – Sicherheit, Lärmbelästigung, Zugang zu den Gebäuden, Parkplätze – dramatisch verschlechterten. Pat Cox drohte damals mit der Eröffnung einer umfassenden Diskussion über die Arbeits- und Lebensbedingungen in Luxemburg (*d’Land* 14/02). Mittlerweile scheinen die Eurokraten die temporären Belästigungen, die durch die Bauarbeiten an ihrer Arbeitsstätte entstehen, akzeptiert zu haben, denn ihre Forderungen betreffen seitdem hauptsächlich die Einrichtungen für ihre Kinder.

Ganz konkret zielt ihre Lobby-Arbeit auf die Europäische Schule und die Kinderkrippen ab. Zurzeit besuchen 3 700 Schüler die ursprünglich für 3 000 Schüler eingerichtete Europäische Schule auf dem Kirchberg, wobei einige Klassen bereits in Container-Bauten unterrichtet werden. Diese Überbelegung wird von den EU-Beamten als „über die hinnehmbaren Grenzen und zulässigen Vorschriften hinausgehend“ definiert. „Das Thema der Europäischen Schule muss prioritär behandelt werden“, erklärte auch Julian Priestley, der noch am gleichen Tag eine Besprechung mit Georges Santer hatte, dem Generalsekretär des luxemburgischen Außenministeriums und Vorsitzenden des Koordinierungsausschusses zur Unterbringung der europäischen Einrichtungen und Organe (dem Staatsministerium unterstehend). Das Vorhaben einer zweiten Europäischen Schule wurde bereits nach der Eröffnung des neuen Gebäudes am Kirchberg angesprochen. Die luxemburgische Regierung hatte schon bei ihrer Tagung am 16. November 2001 einen Grundsatzbeschluss gefasst.

Nun ist seitdem – abgesehen von einigen Mitteilungen und Briefwechseln mit dem Obersten Rat der Europäischen Schulen sowie der Entwicklung eines ersten Bebauungsprogramms – nicht viel passiert. In ihrer gemeinsamen Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des sozialistischen Abgeordneten Marc Zanussi am Dienstag, dem 4. Februar, kündigen die Ministerin für Öffentliche Bauten, Erna Hennicot-Schoepges, und die Ministerin für Erziehung, Anne Brasseur, das Kernstück des Projektes an: Die Schule wird auf dem Gebiet der Gemeinde Mamer gebaut und ist für 2 700 Schüler in Kindergarten, Primar- und Sekundarstufe ausgelegt. Das Auswahlverfahren für die Architekten könnte Ende des Jahres gestartet werden. Der Gesetzentwurf könnte Mitte 2004 abgeschlossen sein, und nach der Abstimmung dauerten die Bauarbeiten noch drei Jahre. Die Frage nach dem genauen Standort konnte noch nicht beantwortet werden, da diese Angelegenheiten in Luxemburg bekanntlich immer am schwersten zu regeln sind. Es ist Aufgabe der luxemburgischen Regierung, die Infrastruktur dieser Schule, die sich größtenteils aus Anmeldegebühren finanziert, zur Verfügung zu stellen.

Die EU-Beamten lassen sich nicht täuschen und wissen, dass der Bau einer neuen Schule nur mittelfristig geschehen kann. Deshalb schreiben sie in ihrer Entschließung „dass die dringend benötigten

Übergangsmaßnahmen nicht ohne starken politischen Willen aller betroffenen Parteien, insbesondere der Verwaltungen der europäischen Institutionen, der Behörden im Gastgeberland und des Obersten Rates der Europäischen Schulen, bewerkstelligt werden können.“ Mit der EU-Erweiterung werden neue Beamte nach Luxemburg kommen und zwar bereits dieses Jahr, und dabei wird es sich größtenteils um junge Paare mit Kindern handeln. Die statistischen Dienste der luxemburgischen Ministerien rechnen mit einem Anstieg der Schülerzahlen der Europäischen Schule um 250 im Jahre 2003, 400 im Jahre 2004 und schließlich 320 pro Jahr zwischen 2005 und 2008. Für die derzeitigen Beamten ist klar: Praktisch gesehen ist für diese Erweiterung nichts vorbereitet! Dass die Brüsseler Vorhaben für die Errichtung einer vierten Europaschule keine Fortschritte machen, tröstet sie kaum.

Es ist jedoch erstaunlich, wie sehr ein großer Teil der EU-Beamten und besonders derjenigen, die seit mehreren Jahren dort arbeiten und hier ihr Leben aufgebaut, ein Haus gekauft und Freunde gefunden haben, am Standort Luxemburg hängt. „Wir haben ihnen gegenüber auch eine moralische Verpflichtung“, meint Georges Santer vom Außenministerium. In seiner mündlichen Antwort auf eine Frage des sozialistischen Abgeordneten Ben Fayot vom 3. Dezember an die Abgeordnetenkammer hatte sich seine Ministerin Lydie Polfer für den Bau ausreichender Infrastrukturen für die EU-Beamten, auch für die Neuankömmlinge, engagiert. Neben Straßburg und Brüssel eine europäische Hauptstadt zu sein, hat nicht nur wirtschaftliche Auswirkungen für Luxemburg – die oft verschwiegen werden –, sondern sichert dem Land auch und insbesondere politische Einflussnahme und Präsenz, die im umgekehrten Verhältnis zur Größe des Landes stehen.

Deshalb sind die Bauarbeiten am Place de l'Europe – Parkplätze, Bau zweier Bürohochhäuser, Vergrößerung des Konferenzzentrums im so genannten „Tour“, dem Turm, Bau einer Philharmonie und Erweiterung des Europäischen Gerichtshofs gegenüber – von wesentlicher Bedeutung und müssen schnellstmöglich vorangebracht werden. „Wir wollen in Bezug auf den Sitz der EU-Institutionen eine offensive und aktive Politik verfolgen und nicht nur das Erreichte bewahren“, erklärt Georges Santer.

Zurzeit beschäftigt sich der Koordinierungsausschuss intensiv mit den Fragen der Infrastrukturen. Sein Vorsitzender weiß, dass es hier zu einer Überschneidung der Baumaßnahmen kommen kann. Die Renovierung und Erweiterung des „Turms“ können zum Beispiel erst dann begonnen werden, wenn die Beamten provisorisch in die zurzeit noch im Bau befindlichen zwei Bürohochhäuser umgezogen sind, die ihnen von der luxemburgischen Regierung zur Verfügung gestellt werden. In diesem Gebäude befinden sich nun aber Kernaktivitäten des EU-Sitzes: die Abordnungen des Ministerrates der Europäischen Union, der hier im April, Juni und Oktober tagt, und ihre Büros. Dass die Bauarbeiten bis 2005 beendet sein werden, würde an ein Wunder grenzen, dann aber wird Luxemburg den Ratsvorsitz übernehmen. Der Ausdruck „Übergangslösung“ ist kein Tabu mehr, die Suche nach einer praktikablen und akzeptablen Lösung für zwei oder drei Jahre hat schon begonnen.

Die gute Nachricht hat Julian Priestley am Montag – gleichzeitig mit den Forderungen der Personalvertretungen – überbracht: Das Europäische Parlament hat seinen Wunsch nach dem Bau eines neuen Gebäudes für seine Sekretariate neben dem Rechnungshof bestätigt. Dies kommt einer ziemlich unumstößlichen Verpflichtung für die Weiterführung seiner Aktivitäten in Luxemburg gleich – 2 086 sichere Stellen bis zum Jahre 2004 wurden zwischen Premierminister Juncker und Parlamentspräsidentin Fontaine im Januar 2001 vereinbart. Zur Erleichterung der Baumaßnahmen wird der luxemburgische Staat die Bauherrenschaft übernehmen. Erst nachdem die Abteilungen des Europäischen Parlaments in ihre neuen Büros umgezogen sind, wird das Schuman-Gebäude für die Nationalbibliothek frei geräumt werden, die die luxemburgische Regierung dort unterbringen will.

Während der letzten Jahre haben sich die Bemühungen um die Weiterführung der Aktivitäten auf das Europäische Parlament konzentriert, aber die Umstrukturierung der Abteilungen der Europäischen Kommission droht dem Luxemburger Sitz genauso. Nach den von der Union syndicale veröffentlichten Zahlen sind die Direktionen Gesundheit und Unternehmen tatsächlich von einem Abbau ihrer Mitarbeiter bedroht – ENTR C würde sogar vollkommen verschwinden, 46 Beamte würden nach Brüssel versetzt, 18 zum Amt für Veröffentlichungen, und 20 kämen in ein anderes Amt in Luxemburg; von 78 Mitarbeitern bei der SANCO würden 46 nach Brüssel versetzt, denn die zuständigen Kommissare wollen ihre wichtigsten

Abteilungen gern nahe bei sich in Brüssel haben.

Seit Januar 2001 führen das Außenministerium und seine Abteilungen Verhandlungen mit dem Vizepräsidenten der Kommission Neil Kinnock, der mit der Umorganisation der Abteilungen beauftragt wurde. Nun, einige Wochen vor einer Vereinbarung, die schriftlich festgehalten werden könnte, zeigt sich Georges Santer zufrieden mit den ausgehandelten Ergebnissen: Kein Beamter wird zu einer Versetzung in eine andere Stadt gezwungen; es wird ihnen eine ähnliche Arbeit wie ihre aktuelle Tätigkeit in Luxemburg angeboten und, was ebenfalls wichtig ist, Beförderungen werden auch in Luxemburg möglich sein. Dies war nicht immer so, aber die verschiedenen Grade der Stellen in Luxemburg werden von nun an offiziell festgehalten.

Die neuen Stellen für Übersetzer, die die luxemburgische Kommissarin Viviane Reding letzte Woche in einem genialen Medienstreich bekannt gab, und von denen sie behauptete, sie wären ihr Verdienst, sozusagen als ein „Nikolaus-Geschenk“ für ihre Heimat (in der sie gewählt wurde), stellten sich schließlich als nicht mehr ganz so brandneue Information heraus: Bei den 600 potenziellen Stellen handelt es sich eigentlich nur um 460, die seit letztem Herbst intern bekannt waren.